

➔ www.dvgw.de

PFAS-Strategie 2030

vom 2. September 2026 zu

**Trinkwasserressourcen schützen
statt PFAS aufwendig entfernen –
Trinkwasserschutz beginnt vor dem
Eintrag von PFAS**

**DVGW Deutscher Verein des
Gas- und Wasserfaches e.V.**

Ansprechpartner

Berthold Niehues

Josef-Wirmer-Straße 1-3

D-53123 Bonn

Tel.: +49 228 9188-850

E-Mail: berthold.niehues@dvgw.de

Zusammenfassung

Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) stellen aufgrund ihrer extremen Persistenz, ihrer Mobilität im Wasserkreislauf, ihrer substanzspezifischen Toxizität und ihrer eingeschränkten Entfernbarkeit in der Trinkwasseraufbereitung ein systemisches Risiko für die öffentliche Wasserversorgung dar. Die derzeitigen regulatorischen Ansätze tragen den Belangen der öffentlichen Wasserversorgung bislang nur unzureichend Rechnung. Damit steht die Sicherheit des Trinkwassers und der öffentlichen Wasserversorgung durch fortgesetzte, unregulierte PFAS-Emissionen und Anreicherung in den Trinkwasserressourcen auf dem Spiel. Die öffentliche Wasserversorgung darf nicht die Folgen einer unzureichenden PFAS-Regulierung tragen.

Der DVGW verfolgt deshalb das Ziel, PFAS-Einträge an der Quelle zu verhindern, Trinkwasserressourcen dauerhaft zu schützen und die Versorgungssicherheit für kommende Generationen zu gewährleisten. Aus diesem Grund hat der DVGW eine PFAS-Strategie 2030 erarbeitet, die sowohl strategische Handlungsfelder als auch organisatorische Maßnahmen bündelt.

Der DVGW hält deshalb eine strategische Neuausrichtung seiner PFAS-Aktivitäten für erforderlich. Ziel ist es, die Schutzinteressen für Trinkwasser als Lebensmittel und die öffentliche Wasserversorgung als kritische Infrastruktur deutlich stärker in der europäischen und nationalen PFAS-Regulierung zu verankern.

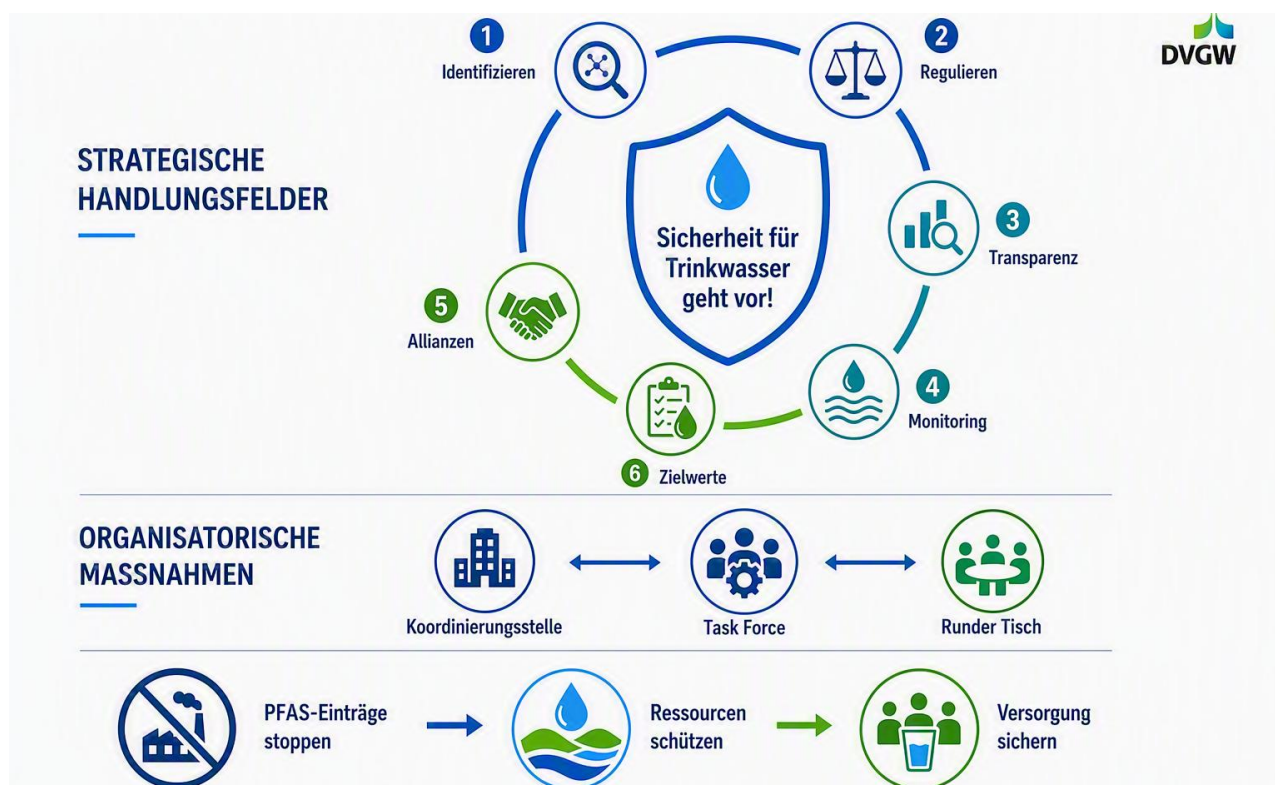
Kern der Strategie ist das Leitprinzip in der PFAS-Regulierung:

Sicherheit für Trinkwasser geht vor!

Der DVGW wird die Weiterentwicklung der bestehenden regulatorischen Bewertungssystematik aktiv vorantreiben. Dazu werden drei zentrale Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Einrichtung einer agilen DVGW-Task Force PFAS
2. Schaffung einer zentralen Koordinierungsstelle im DVGW
3. Einrichtung eines Runden Tisches PFAS

Ziel ist ein regulatorischer Ansatz, der den Schutz der Trinkwasserressourcen in den Mittelpunkt stellt und es ermöglicht, für trinkwasserrelevante PFAS umfassende Verbote zu erreichen und Anwendungsbeschränkungen in den Einzugsgebieten von Wassergewinnungsanlagen rechtssicher festzulegen.



Ausgangslage

PFAS gelten heute als eine der größten langfristigen Herausforderungen für Umwelt, Gesundheit und somit auch für die öffentliche Wasserversorgung. Aufgrund ihrer hohen Persistenz verbleiben sie über sehr lange Zeiträume in der Umwelt und im Wasserkreislauf. PFAS können bereits bei niedrigen Konzentrationen langfristig das Immun-, Entwicklungs- und Stoffwechselsystem des Menschen beeinträchtigen. Aufgrund ihrer Persistenz und Anreicherung im Körper ist ein konsequenter vorsorgender Trinkwasserschutz erforderlich. Erschwerend kommt hinzu, dass stetige Einträge zu einer fortschreitenden Anreicherung in der Umwelt und damit auch in den Trinkwasserressourcen führen.

Für die öffentliche Wasserversorgung ergeben sich daraus erhebliche Risiken:

- zunehmende Gefährdung von Trinkwasserressourcen,
- Aufgabe des Gewinnungsgebietes,
- hohe Investitionskosten für die Anpassung der Trinkwasseraufbereitungstechnik,
- Verlagerung der entstehenden Kosten auf die Verbraucher
- langfristige Risiken für das Trinkwasser und die Versorgungssicherheit.

Es steht außer Frage, dass PFAS im Trinkwasser nicht tolerierbar sind. Mit der PFAS-Regulierung im Trinkwasser wird jedoch politisch am falschen Ende angesetzt, nämlich mit einer „End-of-Pipe-Betrachtung“, statt das Hauptaugenmerk auf Vermeidungsstrategien und Lösungen für den Schutz und die Sanierung der Trinkwasserressourcen zu entwickeln. Sinnvoll und nachhaltig kann nur ein restriktiver Schutz des Trinkwassers selbst sein. „End-of-Pipe“ im Wasserwerk kann und darf für trinkwasserrelevante PFAS nur dort eine Lösung sein, wo bereits eine nicht mehr sanierbare PFAS-Belastung besteht. Hinzu kommt, dass nach gegenwärtigem Stand der großtechnisch etablierten Trinkwasseraufbereitung keine flächendeckend verfügbare, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Technologie zur Entfernung von sehr kurzketigen PFAS existiert.

Grundsätzlich besteht die Gefahr, dass PFAS-Belastungen in den Trinkwasserressourcen politisch toleriert werden, während die Kosten ihrer Beherrschung auf die Wasserversorgung und letztlich auf Verbraucherinnen und Verbraucher verlagert werden.

Strategisches Ziel

Der anzustrebende Zielzustand lautet:

Schutz der Trinkwasserressourcen durch vorsorgende Regulierung!

Die Auswirkungen regulatorischer Entscheidungen auf die Sicherheit des Trinkwassers und der öffentlichen Wasserversorgung müssen zukünftig systematisch berücksichtigt werden.

Die mittelfristige Zielperspektive ist letztlich die Emissionen von trinkwasserrelevanten PFAS in die Trinkwasserressourcen zu stoppen. Ein umfassendes Verbot und die Entwicklung von Ersatzprodukten für diese Stoffverbindungen müssen vorangetrieben werden.

Kurzfristige Maßnahmen sind ein Anwendungsverbot trinkwasserrelevanter PFAS oder deren Vorläufersubstanzen in Einzugsgebieten von Wassergewinnungsanlagen und eine konsequente Begrenzung vermeidbarer PFAS-Emissionen.

Regulierung darf künftig nicht erst bei der Belastung der Trinkwasserressourcen oder gar des Trinkwassers ansetzen, sondern muss bereits dort greifen, wo PFAS emittiert oder eingesetzt werden. Dies dient dem Schutz aller Ressourcen und damit dem nachhaltigen Schutz von Umwelt und Gesundheit.

Strategische Handlungsfelder

Zur Erreichung des strategischen Ziels werden derzeit folgende Handlungsfelder gesehen:

Handlungsfeld 1: Trinkwasserrelevante PFAS identifizieren

Ziel:

- Prioritätenliste trinkwasserrelevanter PFAS

Hierzu ist eine Bewertung der bestehenden PFAS-Regulierung durchzuführen und bei Bedarf sind Vorschläge für eine Anpassung der Regulierung zu entwickeln.

Handlungsfeld 2: Regulatorische Instrumente konsequent nutzen und weiterentwickeln

Ziel:

- umfassende Verbote und wirksame Anwendungsbeschränkungen für trinkwasserrelevante PFAS,
- bessere Nutzung bestehender Rechtsinstrumente,
- stärkere Verankerung des Trinkwasserressourcenschutzes.

Relevante Hebel sind insbesondere REACH, Wasserhaushaltsgesetz, Schutzgebietsverordnungen und die Umsetzung von Artikel 7 der EU-Wasserrahmenrichtlinie.

Handlungsfeld 3: Transparenz über PFAS-Emissionen schaffen

Ziel:

- bundesweit belastbare PFAS-Emissionsdaten,
- Zusammenführung vorhandener Datenquellen,
- Identifikation relevanter Emittenten.

Nur auf einer vollständigen Datengrundlage kann das Verursacherprinzip wirksam umgesetzt werden.

Handlungsfeld 4: Belastung der Trinkwasserressourcen ermitteln

Ziel:

- systematische Erfassung von PFAS-Immissionen,
- bundesweites Lagebild für Grund- und Oberflächengewässer,
- fundierte Risikobewertung für die öffentliche Wasserversorgung.

Hierzu sind u. a. Monitoringdaten, GIS-Auswertungen und Erkenntnisse der Wasserversorgungsunternehmen systematisch zusammenzuführen.

Handlungsfeld 5: Strategische Allianzen und Mehrheiten aufbauen

Ziel:

- politische Unterstützung für ein PFAS-Phasing-out für trinkwasserrelevante PFAS,
- gemeinsame Positionen relevanter Akteure,
- höhere Wirksamkeit auf nationaler und europäischer Ebene.

Erforderlich sind Bündnisse mit Wasserversorgern, Wissenschaft, Umweltverbänden, Wirtschaftsverbänden, Behörden und politischen Entscheidungsträgern.

Handlungsfeld 6: Trinkwasserschutzzielwerte entwickeln

Ziel:

- Ableitung belastbarer GOW-Werte, Leitwerte oder Grenzwerte für Trinkwasser,
- Entwicklung von Bewertungsmaßstäben für Einzelstoffe und Stoffgruppen,
- Beschleunigung regulatorischer Entscheidungen.

Belastbare Trinkwasserschutzzielwerte schaffen die Voraussetzung für eine einheitliche Risikobewertung und ermöglichen eine zügige und rechtssichere Regulierung von PFAS im Trinkwasser.

Organisatorische Maßnahmen

Neben den o. g. strategischen Handlungsfeldern sind drei organisatorische Maßnahmen zur Stärkung der Handlungsfähigkeit des DVGW erforderlich:

Maßnahme 1: Koordinierungsstelle PFAS im DVGW schaffen

Zur nachhaltigen Betreuung des Themas wird eine neue Referentenstelle PFAS geschaffen. Die Stelle fungiert als zentrale Koordinierungs- und Anlaufstelle innerhalb des DVGW. Schwerpunkte der Tätigkeit sind:

- Wissensmanagement zur wissenschaftlichen und technischen Entwicklung,
- Betreuung der Task Force,
- fachpolitische Interessenvertretung,
- europäisches PFAS-Monitoring,
- Vernetzung mit Behörden und Verbänden,
- Betreuung und Koordination des Runden Tisches PFAS,
- strategische Kommunikation.

Die Stelle bildet das operative Zentrum der DVGW-PFAS-Strategie.

Maßnahme 2: DVGW-Task Force PFAS einrichten

Zur Steuerung der Strategie wird eine agile, sektorenübergreifende Task Force PFAS eingerichtet. Die Task Force verantwortet die Umsetzung und Weiterentwicklung der DVGW-PFAS-Strategie und steuert die sechs strategischen Handlungsfelder mit folgenden Kernaufgaben:

- regulatorisches Monitoring,
- Erarbeitung von Positionen und Stellungnahmen,
- Koordination aller DVGW-Aktivitäten,
- fachtechnische Interessenvertretung,
- Stakeholder-Management,
- Berichterstattung an die relevanten DVGW-Fachgremien.

Die agile Organisationsstruktur und interdisziplinäre Besetzung soll kurze Entscheidungswege und eine projektbezogene Experteneinbindung ermöglichen.

Maßnahme 3: Runden Tisch PFAS einrichten

Der DVGW initiiert einen dauerhaften Runden Tisch PFAS nach dem Vorbild bestehender Dialogformate mit anderen Branchen. Mögliche Teilnehmende sind u. a. PFAS-Hersteller, Industrieverbände, Wasserwirtschaft, Umwelt- und Fachbehörden, Wissenschaft, Umweltverbände.

Der Runde Tisch hat insbesondere folgende **Zielsetzung**:

- Transparenz über Stoffströme und Emissionen schaffen,
- Ausstiegsstrategien erarbeiten,
- geeignete Alternativen fördern,
- regulatorische Maßnahmen vorschlagen,
- gesellschaftliche und politische Mehrheiten aufbauen.

Der Runde Tisch soll eine Plattform für frühzeitige Lösungen schaffen und gleichzeitig die Akzeptanz notwendiger regulatorischer Maßnahmen erhöhen.

Fazit

PFAS stellen aufgrund ihrer Persistenz, ihrer potenziellen Gesundheitswirkungen und ihrer fortschreitenden Anreicherung in der Umwelt die zentrale Herausforderung für die öffentliche Wasserversorgung dar.

Eine nachhaltige Strategie kann daher nicht primär auf technische Lösungen im Wasserwerk setzen, sondern muss auf den vorsorgenden Schutz der Trinkwasserressourcen ausgerichtet sein.

Ziel muss es sein, trinkwasserrelevante PFAS-Emissionen möglichst an der Quelle zu verhindern, regulatorische Instrumente konsequent zu nutzen und weiterzuentwickeln sowie die Belastungen der Trinkwasserressourcen systematisch zu erfassen. Gleichzeitig sind belastbare Bewertungsmaßstäbe, transparente Daten sowie breite Bündnisse aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Wasserwirtschaft erforderlich.

Nur durch eine konsequente Vorsorgepolitik, die das Verursacherprinzip stärkt und den Schutz der Trinkwasserressourcen in den Mittelpunkt stellt, lassen sich langfristig Versorgungssicherheit, Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie bezahlbares Trinkwasser gewährleisten.